



Blatteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11/2 Sgr. Anfertigungsgebühr für den Raum einer fünfseitigen Zeile in Beilage 1/4 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 574. Mittag-Ausgabe.

Verlag von Eduard Trewendt.

Montag, den 8. Dezember 1862.

## Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

**London, 6. Dez.** Die heutige „Times“ enthält eine Depesche aus Athen vom 1. d. Nach derselben hat das Volk, aufgereizt durch ein unglückliches Telegramm, von der Regierung die Genehmigung zu einer Vorabstimmung behufs Erwählung des Prinzen Alfred erlangt.

Die heutige „Daily News“ enthält einen gereizten Artikel gegen Deutschland. Diefes habe Russell's Vorschläge als unzureichend abgelehnt und beanspruche offen das Recht zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten Dänemarks. Hierdurch seien Russell's Vorschläge praktisch erledigt und ein diplomatischer Ausgleich unwahrscheinlich.

**Paris, 7. Dez.** Nach Berichten aus Athen vom 5. d. M. hatten die Wahloperationen begonnen und waren bereits 2500 Stimmen, sämtlich für den Prinzen Alfred abgegeben worden. Die Wahl des Prinzen wird als gesichert betrachtet. Die provisorische Regierung hat eine Anleihe von 6 Millionen Drachmen gemacht.

**Paris, 7. Dez.** Der Kaiser kehrte um 3 1/2 Uhr wieder nach den Tuileries zurück. Es fand ein glänzender Empfang statt, bei welchem auch die Kaiserin gegenwärtig war. Es ist keine Thatsache von Bedeutung zu melden.

**Turin, 7. Dez.** Die „Gazetta di Torino“ sagt: Wir können die Beendigung der Ministerkrise melden. Die Mitglieder des Ministeriums sind bestimmt. Es ist nur noch die Vertheilung der Portefeuilles übrig. Man nennt als sicher: Pasolini, Farini, Minghetti, Peruzzi, Cassinis, Menabrea und Pettiti.

**Paris, 7. Dez.** Die „France“ sagt: Der Kaiser habe auf die Anrede des Präfecten, der die Bäckereifrage in der Auffassung der Volksinteressen besprach, geantwortet: Er wolle dem Boulevard „Königin Hortense“ den Namen „Richard der Schwarze“ beilegen, den Namen eines einfachen Arbeiters, der zu dem berühmtesten Industriellen Europas geworden. Der Kaiser sagte ferner, als er von der durch die Kaiserin begründeten Leibanstalt für Arbeiter sprach, sie strafe das Sprüchwort Lügen, daß man nur den Reichen leibe.

**Paris, 7. Dezbr.** Der heutige „Moniteur“ meldet die gestern erfolgte Ankunft des Kaisers, der Kaiserin und des kaiserlichen Prinzen, welche der Eröffnung des Boulevard du prince Eugène beiwohnen werden.

Der Kaiser hat zur Unterstützung der Baumwollarbeiter 40,000 Francs gezeichnet.

**Turin, 6. Dezbr.** Die „Discussion“ sagt: Die Ministerkrise dauert fort. Die Combination, welche man als definitiv betrachten zu dürfen glaubte, ist in Folge von Schwierigkeiten gescheitert. Giadini hat die Uebernahme des Mandats zur Bildung eines Cabinets verweigert. Cassinis und Pasolini haben die Hoffnung zu reüssiren noch nicht aufgegeben.

**Turin, 6. Dezbr.** Nach der „Opinione“ hat sich Farini behufs Bildung eines Cabinets Pasolini und Cassinis angeschlossen. Minghetti und Peruzzi hatten mit dem Könige eine lange Conferenz.

**Turin, 6. Dez.** Die Ministerkrise dauert, nach Angabe der „Opinione“, noch fort; jedoch sind Pasolini und Cassinis zu der Ueberzeugung gelangt, daß der Plan eines Uebergangs-Ministeriums nicht durchführbar sei, und daß das Cabinet aus der Majorität des Parlaments hervorgehen müsse, damit dasselbe mit Sicherheit auf eine imposante Stimmenmehrheit rechnen könne, und nicht dem Verdachte preisgegeben sei, von geheimen Einflüssen abhängig zu sein. Es müsse ein im wahren Sinne des Wortes verantwortliches Ministerium sein. Sei es auch bis jetzt noch nicht geblüht, eine Ministerkrise in diesem Sinne zu combiniren, so sei jedoch Hoffnung vorhanden, daß dies geschehen werde. (Soll nach der in der Sonntags-Nummer veröffentlichten Depesche gelungen sein.) Das Land sehe ruhig und voll Vertrauen in den König, der Entscheidung entgegen.

## Preußen.

**Berlin, 7. Dez.** [Amtliches.] Sr. Maj. der König haben allergnädigst geruht: den bisherigen Regierungs-Vice-Präsidenten von Kose zu Königsberg zum Vice-Präsidenten der Regierung in Magdeburg zu ernennen, und demselben den Charakter als Regierungs-Präsident zu verleihen; den Superintendenten und Obergesamtpfarrer Reinicke in Danzig zum Konsistorial-Rath bei der dortigen Regierung; so wie den Pastor Stoll in Dornik zum Superintendenten der Diöcese Dornik; und den Pastor Johann Friedrich Koeber in Gollnow zum Superintendenten der Synode Gollnow zu ernennen; ferner dem Geheimen Registrator March und dem Geheimen expedirenden Secretairen Klefeker und Schäde beim Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, den Charakter als Kanzlei-Rath, und dem Geheimen Kalkulator Stegemann bei demselben Ministerium den Charakter als Rechnungsrath; so wie dem Direktor des Hütten-Amtes zu Saynerhütte, Ober-Hütten-Inspektor Engels den Charakter als Berg-Rath, und dem Ober-Bergamts-Kassen-Reductanten Endemann zu Bonn den Charakter als Rechnungsrath; desgleichen dem Regierungs-Secretair Lamprecht zu Frankfurt a. D. den Charakter als Kanzlei-Rath zu verleihen. (St.-Anz.)

**Berlin, 6. Dez.** [Vom Hofe.] Sr. Maj. der König nahmen heute die Vorträge des Präsidenten des Staatsministeriums, v. Bismarck-Schönhausen, und des Militär- und des Civil-Cabinet's entgegen und empfingen eine Deputation aus Deutsch-Krone mit einer Ergebniss-Adresse. — Heute Mittag um 12 Uhr fand im Hotel des Staatsministeriums eine Ministerial-Sitzung statt.

[Eisenbahn-Eröffnung.] Am 3. d. M. fand die feierliche Einweihung der im Anschluß an die diesseitige Eisenbahn von Bromberg über Thorn bis zur Grenze bei Ostropow aus polnischen Gebiete hergestellten Bahnstrecke von der Grenze bis Lomitz (Warschau) statt. Eine große Zahl Notabilitäten aus Warschau, darunter der commandirende General und General-Adjutant Sr. Maj. des Kaisers von Rußland, Ramsay, im Auftrage Sr. kaiserl. Hoheit des Großfürst-Statthalters, mehrere Mitglieder des Administrations- und des Staatsraths des Königreichs Polen, nebst vielen anderen hochgestellten Personen, die beiden Präsidenten des Verwaltungsraths der Warschau-Bromberger Eisenbahn-Gesellschaft und zahlreiche Beamten der letzteren führte ein feierlich geschmückter Zug um 1 1/2 Uhr Mittags nach dem polnischen Grenzbahnhofe Alexandrow. Hier wurden dieselben von dem General-Lieutenant Herwarth von Bittenfeld im Auftrage Sr. Majestät des Königs, von dem Ober-Präsidenten der Provinz Preußen, Wittl, Geh. Rath Schumann, dem Kommandanten von Thorn, dem Geh. Regierungsrath Maybach für das Handelsministerium, den Direktoren der Ostbahn und den übrigen geladenen Gästen aus Preußen begrüßt. Nach gegenseitiger Vorstellung vereinigte ein Diner die Festtheilnehmer in den geschmückten Sälen des Bahnhofes. Der General Herwarth v. Bittenfeld brachte den ersten Trinkspruch auf Sr. Maj. den Kaiser von Rußland, König von Polen, demnachst der General Ramsay ein Hoch auf Sr. Maj. den König von Preußen aus. Die Versammlung stimmte enthusiastisch ein. Weitere Toaste auf die höchsten Behörden, das Gedeihen des neuen Unternehmens, die Gründer und Förderer desselben wechselten ab. In freudigster Stimmung verließ das Mahl und verabschiedeten sich nach Beendigung desselben die preussischen Gäste gegen 4 1/2 Uhr, nachdem gegenseitig die freundschaftlichen

Wünsche und Grüße ausgetauscht worden waren. Bald nach ihnen traten auch die warschauer Gäste ihre Rückreise an. — So ist denn unter den Auspicien bester Harmonie die neue wichtige Verkehrs-Route, die dritte Schienen-Verbindung mit dem bestrebendsten großen östlichen Nachbarlande, vollendet worden. Mögen sie beiden Ländern zum Segen gereichen.

**\*\* Berlin, 7. Dez.** [Die Königin.] — Hr. v. Caniz in Rom. — Präsident Maurach. Wie verlautet, ist, außer dem königl. Hausminister v. Schleinitz und dem Ministerpräsidenten v. Bismarck, noch keiner der aktiven Staatsminister von der Königin bis jetzt empfangen worden. Die hohe Frau lebt sehr zurückgezogen. — Bei der Nachricht von dem Geistes-Erkranken des preussischen Gesandten in Rom, Hr. v. Caniz, (vgl. in der gestr. Nummer d. Ztg. unter „Abendpost“) verdient erwähnt zu werden, daß in neuerer Zeit schon mehrere preussische Diplomaten einem solchen Uebel verfallen sind. Wir nennen hier nur beispielsweise die Freiherren v. Malzahn, v. Bülow, v. Meusebach und v. Kiebuhr. Der bisherige Vertreter Preußens am schwedischen Hofe, Graf v. Oriolla, soll seit Kurzem in einem gemüthlichen Zustande sich befinden und deshalb sein Posten bis nach seiner Herstellung durch einen andern Gesandten besetzt werden. — Wie die „N. Pr. Ztg.“ vernimmt, ist der königl. Gesandte in München, Graf Perponcher designirt, den schwer erkrankten Freiherrn v. Caniz in Rom zu ersetzen. — Die vielfach wiederholte Nachricht, daß der Polizei-Präsident Maurach aus Königsberg hier anwesend gewesen sei, um wegen Uebernahme der Stelle des Polizei-Präsidenten in Berlin zu unterhandeln, erweist sich erfreulicher Weise als grundlos. Daß der jetzige Träger der hiesigen Polizeifelle den Führern des preussischen Volksvereins und ihrem Anhang immer noch nicht weit genug geht, glauben wir gern; an entscheidender Stelle denkt man indes an einen Wechsel in der Person des hiesigen Polizei-Präsidenten noch nicht.

[Spre königl. Hoh. der Kronprinz und die Frau Kronprinzessin] haben gestern dem hohen Königshause die Nachricht zugehen lassen, daß sie am 16. auf der Rückreise in Wien eintreffen und dort nur so lange verweilen werden, daß höchstfröhliche Ankunft, wie schon mitgetheilt, bestimmt am 19. d. M. in Berlin erfolgen kann.

[Officielle Berichtigung.] Die „Sternztg.“ schreibt: „Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ berichtet in Nr. 272 aus Hamburg vom 14. November, daß eine Anzahl begüterter hamburgischer Patrioten den ehemaligen preussischen Lieutenant A., der wegen Verwendung für die grauburger Verurtheilten aus dem Dienste scheidend mußte, nach New-York geschickt hätten. Nach den eingezogenen Erkundigungen ist seit den grauburger Vorfällen nur ein Lieutenant v. A. aus dem aktiven Dienst geschieden, dessen Verabschiedung nur auf seinen eigenen Antrag erfolgt ist und mit jenen Vorgängen in durchaus keiner Verbindung steht; derselbe ist zu den beurlaubten Offizieren der Landwehr übergetreten und wohnt noch gegenwärtig im Inlande. Ist daher durch die Vermittelung „hamburgischer Patrioten“ wirklich ein Quindam nach America geschickt worden, so haben es dieselben wahrscheinlich, ja gewiß mit einem Betrüger zu thun gehabt: denn seit der grauburger Verurtheilung ist, wie gesagt, nur ein Offizier jenes Namens ausgeschieden, aber ohne das Land zu verlassen; sodann ist es auch überhaupt nicht vorgekommen, daß irgend ein Offizier der Armee sich an den sträflichen Agitationen, zu denen die grauburger Verurtheilung Anlaß gegeben, irgendwie betheilig hätte.“

**\* Berlin, 7. Dez.** [Der Streit darum, wer der preussische Marquis Posa gewesen.] ist noch nicht zu Ende geführt; er wird wohl darauf hinauslaufen, daß unter den Mitgliedern der Loyalitäts-Deputationen keines so ehrlich war, Sr. Majestät die Wahrheit zu sagen. — In der „A. Z.“ finden wir folgende auf die qu. Angelegenheit bezughabende Erklärung:

Die Mittheilung von einer Aeußerung, welche zuerst der Herr Graf v. Kallreuth, und dann, da sich dieses nicht bestätigte, ich gegen Sr. Majestät den König gefaßt haben soll, muß ich als völlig unwahr bezeichnen.

Ruhrodt, 5. Dez. 1862. E. König, Commerzienrath.

**Berlin, 6. Dez.** [Gemüthlich-interessante Unterredung einer Loyalitäts-Deputation mit den Ministern v. Roon und v. Bismarck.] Die Deputation aus dem Kreise Wanzleben, welche (wie schon erwähnt) am 20. v. M. die Ehre hatte, eine Ergebniss-Adresse Sr. Maj. dem König zu überreichen, machte auch dem Ministerpräsidenten v. Bismarck und dem Kriegsminister v. Roon ihre Aufwartung. Der „Magd. Corr.“ berichtet darüber folgendes Nähere: Der Kriegsminister empfing die Deputation mit sichtlicher Freude, ließ sich von dem Führer, Amtsrath Andrae, die einzelnen Mitglieder vorstellen und äußerte sich darauf über die politischen Verhältnisse und die Haltung der Staatsregierung. Er zeigte mit wohlwollender Ausführlichkeit, wie die Regierung an dem bestehenden Conflict keine Schuld trage, wie sie dem Abgeordnetenhaus mit Verschämtheit entgegengekommen sei, wie sie aber weitere Zugeständnisse nicht habe gewähren können, ohne das Land wehrlos zu machen. Die Regierung habe die Hoffnung auf Beilegung des Conflict's auch jetzt noch nicht aufgegeben, und würde beim nächsten Zusammentritt des Abgeordnetenhauses den Versuch einer Einigung erneuern. Es entspann sich daraus ein Gespräch über die Zulässigkeit einer kürzeren Dienstzeit, wobei seitens des Kriegsministers unter Anderem hervorgehoben wurde: schon jetzt hielte es schwer die erforderliche Anzahl Unteroffiziere zu erhalten und man müßte solche zum großen Theile aus dem dritten Jahrgange der Militärschicht nehmen; wie sollte es werden, wenn dieser ganze Jahrgang wegsiele? man müßte die Unteroffiziere ja dann aus den Rekruten nehmen. Ferner wurde darauf hingewiesen, daß man von der liberalen Seite zwar bei der Cavallerie und Artillerie jetzt noch nicht gegen die dreijährige Dienstzeit ankämpfe, daß aber vorzuziehen sei, wie man, wenn die zweijährige Dienstzeit erst bei der Infanterie erreicht wäre, dies ebenso bei der Artillerie und Cavallerie als Aufreizungsmittel benutzen würde. Einer der Deputirten brachte zur Sprache, daß der Abgeordnete der Demokratie des wanzlebener Kreises, Schneider, in einer kürzlich im Kreise gehaltenen Rede, die schweizer Militärverhältnisse als Muster aufgestellt habe. Der Kriegsminister nahm hieraus Veranlassung, sich ausführlicher darüber auszusprechen. Er bemerkte, daß er eben aus der Schweiz käme und vielfach mit dortigen Militärs in Berührung gekommen sei, dort läge man darüber, die schweizer Militär-Einrichtungen einem Staate wie Preußen anempfehlen zu wollen. Die Schweiz, ein im guten Zusammenhang liegendes, durch die Natur vorzüglich geschütztes, kleines Land, dessen Neutralität noch dazu von allen Mächten garantirt ist, brauchte freilich keine große Heeresmacht; aber alle die Gründe, die solche bei der Schweiz entbehrlisch machen, fehlten bei Preußen, welches in ungünstigster Lage, lang hingestreckt in zwei Theilen, von der Eiferucht der anderen Mächte bedroht, seine Stellung als Großmacht nur durch

ein starkes Heer behaupten könne, zumal wenn es, wie doch verlangt wird, die Führerschaft Deutschlands übernehmen sollte.

Am folgenden Tage besuchte die Deputation den Ministerpräsidenten v. Bismarck, welcher sie mit solcher herzlichen Freundlichkeit empfing, daß auch nicht Einer war, der nicht im Herzen dadurch erquickt worden wäre. (Der Tausend!) Auch Hr. v. Bismarck äußerte sich über die Stellung der Regierung, wies darauf hin, daß es derselben nicht eingefallen wäre, die Verfassung zu verlegen (i. bewahre!), daß sie den Kammern das Recht der Gesetzgebung, Bewilligung der neuen Steuern und Mitwirkung beim Budget in keiner Weise verkümmert habe, aber ein Mitregieren derselben allerdings nicht zulassen dürfe. Besonders wohlthuend war die fernere Aeußerung, daß die von allen Seiten des Landes herankommenden, den Rathschüssen des Königs zustimmenden Ergebniss-Adressen vom Könige gern gesehen würden und ihn sichtbar befriedigten. Hr. v. Bismarck ließ sich demnach in ein Gespräch mit den einzelnen Mitgliedern der Deputation ein, die Ortlichkeiten, woher dieselben kamen, waren ihm aus früheren Amtsverhältnissen bekannt und fanden sich vielfache Anknüpfungspunkte; so bemerkte ein Mitglied der Deputation, daß sein Prediger aus demselben Orte stamme, wie der Ministerpräsident, und gab dies zu einer näheren Erörterung Veranlassung u. s. w. (Sehr hübsch und gemüthlich.)

[Personalien.] Die „Kreuzztg.“ bringt heute folgende, schon teleg. berichtete Mittheilungen: Die Gerichte, welche an die Anwesenheit des Polizei-Präsidenten Maurach aus Königsberg geknüpft werden, sind völlig grundlos. Dieselbe ist lediglich durch Privatverhältnisse veranlaßt. — Die Nachricht, daß der Polizeioberst Paake demnach das Commando der Schutzmannschaft wieder übernehmen solle, wird als unbegründet bezeichnet. — Der Landrath zur Negede im Kreise Freistadt (Schlesien), Mitglied des Abgeordnetenhauses, ist zur Disposition gestellt worden. (Von unserem berliner Pl.-Corresp. bereits vor mehreren Tagen gemeldet.)

[Herr Oppermann] wies vor Kurzem in einer Rede an seine Wähler in der Priegnitz bereits auf die Möglichkeit seiner Berufung nach einem Nachbarsaate hin. Wie wir vernehmen, ist ihm von der Koburg-gothaischen Regierung die Stelle des Staatsanwalts in Koburg angetragen worden, und er hat dieselbe anzunehmen erklärt, sobald er seine Entlassung aus dem preussischen Staatsdienste erhalten haben würde. Gewiß ist es lebhaft zu bedauern, daß Herr Oppermann auf seine Wirksamkeit im Abgeordnetenhaus verzichten muß, für welche die allgemeinste Anerkennung in den unzweideutigsten Zeugnissen bekundet worden ist. Doch ehrt die Berufung eben so die Stelle, von der sie ausgegangen ist, wie ihn selbst und die von ihm mit mannhafter Festigkeit vertretene Sache. Die früher von ihm abgelehnte Stellung in Danzig würde ihn ebenfalls zur Niederlegung seines Mandats verpflichtet und ihn zugleich in eine ihm bisher fremde Laufbahn versetzt haben, während der Ruf nach Koburg ihm die Fortsetzung der amtlichen Thätigkeit sichert, in welcher er sich hier lange Jahre hindurch die höchste Achtung erworben hat.

[Herr v. Uedom.] Gerüchte hatten die Abberufung des Herrn v. Uedom aus Frankfurt als wahrscheinlich bezeichnet. Die „B.-u. S.-Z.“ erfährt von Personen, die während seines mehrtägigen Aufenthalts in Berlin Gelegenheit hatten, diesen Gesandten zu sprechen, daß derselbe in der deutschen Politik mit Herrn v. Bismarck in allen Beziehungen einverstanden ist.

[Verwarnung.] Man schreibt der „Volksz.“ aus Kottbus, 5. Dez.: Vor einigen Tagen wurde dem Rektor der hiesigen städtischen Mädchenschule, Carluch, von dem Superintendenten Sebing — bekannt aus dem „Kladderadatsch“ als Erfinder der Pöbelehe — verantwortlich zu Protokoll vernommen, weil er an einem Festmahle zu Ehren der Abgeordneten des Wahlkreises Theil genommen hatte.

**Stettin, 6. Dez.** [Es geht weit.] Der Abgeordnete Kreisrichter Meibauer in Schivelbein, der, der Einladung seiner Wähler folgend, jüngst mehrere Orte seines Wahlkreises besuchte und überall mit Ovation empfangen wurde, ist, wie der „N. St. Ztg.“ berichtet wird, jetzt darüber zur Verantwortung gezogen, weil er sich ohne Erlaubnis über die Grenzen seines Gerichtsbezirks entfernt habe, die Kreisrichter Beizke und Hildebrandt in Belgard sind wegen Verbreitung des Flugblattes zu den Wahlen „Schafft euch eine bessere Kreisordnung“ zur gerichtlichen Untersuchung gezogen worden.

**Anklam, 4. Dez.** [Mißtrauensvotum.] Die heutige Stadtverordneten-Versammlung hat mit großer Majorität den von acht Mitgliedern derselben gestellten Antrag zum Beschluß erhoben, dem Stadtrath Arndt (der als Mitglied des Provinziallandtags für die von demselben erlassene Adresse gestimmt hatte) ein Mißtrauensvotum zuzufertigen. Die Ausführung dieses Beschlusses wurde jedoch bis zur nächsten Sitzung verschoben, da die zur Beleuchtung der Sache dienende Loyalitäts-Adresse des Landtages nicht zur Hand war. (Ankl. Ztg.)

**Düsseldorf, 4. Dezember.** [Rheinische Zeitung.] Dr. H. Becker zeigt an, daß er in die Redaction der „Niederrheinischen Volkszeitung“ neben Herrn Siebe eingetreten, und daß diese vom 1. Januar k. J. an den Namen „Rheinische Zeitung“ führen werde, womit zugleich eine Ausdehnung des Blattes verbunden sein soll.

## Deutschland.

**Kassel, 5. Dez.** [Die Stände-Versammlung] trat heute nach ihrer Vertagung wieder zur ersten öffentlichen Sitzung (der neunten seit ihrer ersten Einberufung) zusammen.

Nachdem der Präsident die Versammlung willkommen geheißen und seine Freude ausgedrückt hatte, sie nach 14tägiger Vertagung wieder begrüßen zu können, machte der Landtags-Commissar, der „Kass. Z.“ zufolge, eine umfassende Eröffnung, in der er zunächst mittheilte, daß die Zweifel, deren er in der Sitzung vom 19. November Erwähnung gethan habe, nicht mehr vorhanden seien, und daß die sämtlichen Mitglieder des Ministeriums sich wieder in vollem Umfange der Geschäftsführung ihrer Departements befänden. Sodann aber habe er klar und deutlich die Stellung zu bezeichnen, welche die Regierung einnehme. Dieselbe sehe nach wie vor die Abänderung des Wahlgesetzes als eine ganz hauptsächliche Aufgabe des Landtags an, um auf diesem Wege sobald als möglich ein Organ der Landesvertretung zu gewinnen, das nicht nur der in dem § 7 der landesberlichen Verfassung vorbehaltenen Berücksichtigung der Standesherrn zc. Genüge leiste, sondern auch dem Art. 13 der Bundesakte und dem in die Verfassung von 1831 übergenommenen historischen Begriff einer landständlichen Vertretung entspreche. Sie sei aber nicht der Ansicht, daß sich die Thätigkeit der Versammlung nur auf diesen einzigen Gegenstand zu erstrecken habe, vielmehr entschlossen, derselben ein weites und freies Gebiet zu eröffnen.

In dieser Beziehung sei es namentlich zunächst das Budget, das zur Vorlage, und zwar noch heute, gelangen werde. Außer diesem aber würden sodann der Versammlung die zur Erfüllung der §§ 5 und 6 der landesherr-



lichen Verkündigung erforderlichen Vorlagen gemacht werden, also daß namentlich alle Verordnungen, welche gesetzliche, mit landständischer Zustimmung ergangene Vorschriften betreffen, zur Zustimmung über Fortbestehen oder Abänderung vorgelegt werden würden.

In dem die Regierung folchergehalt bereit sei, allen Verpflichtungen, welche aus der landesherlichen Verkündigung herzuleiten seien, nachzukommen, müsse sie aber auch auf das Nachdrücklichste die Geltung der übrigen Bestimmungen derselben für sich in Anspruch nehmen, so namentlich das Recht der Forterhebung der Steuern bis zur verfassungsmäßigen Feststellung des Budgets (§ 4 der landesherlichen Verkündigung) und die Fortdauer der provisorischen Geseze u. bis zur erfolgten Regelung. Vor allen Dingen müsse die Regierung einer Anschauung entgegenreten, als ob die bisherige Verfassung des Landes nur eine tatsächliche gewesen sei, aus der gar keine rechtlichen Folgen abzuleiten seien, als ob es möglich sei, diesen Zustand rückwärts aufzurollen.

Der Landtags-Commissar hob hier mit Bezug auf die veränderte Gerichtsorganisation und die Aufhebung der bürgerlichen Ehe näher die unheilvollen Konsequenzen hervor, welche sich aus einer solchen Auffassung ergeben würden, und glaubte es als sicher ausprechen zu dürfen, daß Niemand den Eintritt einer solchen Gefährdung der bürgerlichen und rechtlichen Verhältnisse wolle. Die Regierung könne und werde niemals dieser Auffassung praktische Geltung, niemals Einfluß auf ihre Haltung zugestehen, und wenn es möglich sei, den Beschluß der Versammlung über die Zulassung des zweiten Abgeordneten der Stadt Hanau, und die Wahl von Mitgliedern aus ihrer Mitte für den Fall der Beizung von Stellen des O. A. Gerichts mit jener Auffassung in Zusammenhang zu bringen, so müsse seine damalige Erklärung als eine ausdrückliche Verwahrung aufgefaßt werden.

Im Anschluß an diese Erklärung bezeichnete der Landtags-Commissar sodann, um keinen Zweifel zu lassen, die Stellung, welche die Regierung zu dem Antrage des Abg. Fr. Decker einnehmen müsse, und gab der Versammlung anheim, ob und inwiefern dadurch eine Beschlußfassung über jenen Antrag unnötig geworden sei. Die Regierung sei aber entschlossen, den Wünschen des Landes auch noch in weiterer Beziehung Rechnung zu tragen, sie werde in wohlverstandenen Interesse aller vorhandenen Bedürfnisse und Wünsche des Landes, die zur Verwirklichung derjenigen Verbesserungen, welche in der landesherlichen Verkündigung vom 6. März 1861 gemacht worden seien, erforderlichen Propositionen zur Vorlage bringen und an diese Vorlagen, welche näher bezeichnet wurden, noch weiter anknüpfen, sobald sie sich von deren Dringlichkeit überzeugen werde.

Nach solchen Zusicherungen hoffe nun aber die Regierung auch einen endlichen Abschluß des Streites auf Grund der gegenseitigen Rechte des Landes und der Krone, sie hoffe und wünsche, daß die Ständeversammlung mit Beiseitsetzung aller theoretischen Streitigkeiten und im Geiste edler Besehlichkeit namentlich auch bereit sei, eine Ordnung mit zu begründen, die eine ungehörige Beförderung der wahren Bedürfnisse des Landes gestalte.

Der Landtags-Commissar legte hierauf zur Erklärung der erteilten Zusage das Budget, so wie einige dem Landtage von 1860 bereits gemachten Vorlagen vor.

Der Präsident glaubte, daß nach allgemeinem Einverständnis hierdurch die heutige Tagesordnung abfällig geworden sei; der Antrag und Bericht, welcher darauf gefaßt, habe ein Ersuchen an die Regierung um baldige Vorlage des Budgets bezweckt, die Regierung sei jedoch der Versammlung zuvorgekommen. Was die Eröffnung im Uebrigen betreffe, so sei dieselbe sowohl nach Inhalt als Umfang so umfassend, daß er es für räthlich halte, heute noch jede darauf bezügliche Beschlußfassung auszusparen, womit sich die Versammlung einverstanden erklärte.

Zum Schluß erhielten das Wort noch die Abg. Wiegand und Zschlag. Beide sprachen sich in gleicher Weise, veranlaßt durch einen Artikel der „Kaffeler Zeitung“, gegen die Annahme aus, als ob das Programm, welches sie bei der von ihnen wegen Uebernahme des Ministeriums im Juni d. J. gepflogenen Verhandlungen aufgestellt, die Kompetenz der Ständeversammlung habe beschränkt wissen wollen.

Kassel, 5. Decbr. [General Haynau und der Hauptmann Dörr.] Die „Fr. P.“ schreibt: Nachdem der Verfasser der anonym erschienenen Broschüre: „Staatsdiener- und Staatschwächen“ in der „Morgenzeitung“ vom 3. d. M. mit seinem Namen aufgetragen, ist demselben, wie wir vernahmen, noch an demselben Tage im Auftrage des General-Lieutenant v. Haynau eine Herausforderung auf Pistolen zugegangen, von ihm jedoch am 4. d. Mts. nachträglich abgelehnt worden. (Das ist die Nachricht eines reactionären Blattes. Man wird also wohl das Nähere abwarten müssen. D. Red.)

Gera, 4. December. [Feuersbrunst in Lobenstein.] Der „D. A. Z.“ schreibt man: „Ein so eben angeschlagenes Plakat des Stadtraths verkündet den Ausbruch einer furchtbaren Feuersbrunst in Lobenstein. Die Stadt Lobenstein ist in den letzten Jahren in mannichsamer Weise schwer heimgesucht worden. Wie ein Telegramm aus dem Oberlande berichtet, liegt die Stadt, Pfarrrei, Schule, der größte Theil des Markts, so wie die angrenzenden Gassen schon in Schutt und Asche. Dazu tritt noch eine besondere Kalamität. In Folge eines vor einigen Jahren in Lobenstein stattgefundenen großen Brandes sahen sich die Feuerversicherungs-Gesellschaften veranlaßt, eine nicht geringe Anzahl von Gebäuden in genannter Stadt zwangsweise aus den Affekuranstalten auszuschließen. Wenige der Abgebrannten werden versichert und die Noth bei dem rauhen Winter, der in unserem gebirgigen und waldigen Oberlande herrscht, sehr schwer sein. Für die Mithätigkeit der Privaten, so wie der reich mit Privatvermögen begabenen fürstlichen Familie, wird das arme, schwer heimgesuchte Lobenstein ein reiches Feld bieten.“

Stalieu. Turin, 3. Decbr. [Empfang des Herrn v. Sartiges.] Das neue Ministerium.] Die „Gazetta Ufficiale“ theilt folgende Anrede mit, welche Hr. v. Sartiges bei Ueberreichung seines Beglaubigungsschreibens dem Könige vorgelesen hat:

Sire! Da ich durch das Vertrauen des Kaisers zu der Ehre berufen bin, seine Regierung bei der Regierung Ew. Majestät zu vertreten, liegt es mir als angenehme erste Pflicht ob, die mir direct von meinem erhabenen Herrscher erteilten Versicherungen seiner aufrichtigen und fortwährenden Gefühle der Zuneigung und Sympathie für Ew. Majestät und Italien zu übermitteln. Ich werde seinen Absichten entsprechen, indem ich mich bestreben werde, die zwischen Italien und Frankreich bestehenden guten Beziehungen aufrecht zu erhalten, eine Aufgabe, welche mir durch den Wunsch leicht gemacht werden wird, Ew. Majestät genem zu sein, und durch das hohe Wohlwollen, um welches ich zum Voraus nachzue. Ich habe die Ehre, den Könige die Beglaubigungsschreiben zu überreichen, durch welche Ew. Majestät der Kaiser der Franzosen mich bei seiner erhabenen Person als außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister beglaubigt.

Der König antwortete, er freue sich außerordentlich, aus dem Munde eines unmittelbaren Vertreters des Kaisers die Versicherungen seiner aufrichtigen und besonderen Gefühle der Zuneigung zu seiner Person, so wie die der Sympathie für Italien zu vernahmen, dessen Gesicht mit dem Frankreich verbunden sei. Der König setzte hinzu, die Eigenschaften, welche den Vertreter seines erhabenen Verbündeten auszeichnen, seien ihm eine Bürgschaft, daß die Beziehungen zwischen beiden Regierungen den Charakter des gegenseitigen Vertrauens bewahren werden, der zwischen beiden Dynastien und Nationen vorhanden sei.

Die „Opinione“ äußert über den Bildung des neuen Cabinet: „Die politischen Ansichten des Grafen Pasolini sind kein Geheimniß. Er nahm als Präfect von Mailand seine Entlassung, als das Cabinet Ricasoli abtrat; er ist mit den angesehensten Männern der alten Majorität befreundet. [Soll wohl eine Hindeutung auf seine Freundschaft mit Peruzzi, dem nominellen Führer der Locomoten, sein, deren eigentlicher Kern Ricasoli ist.] Uebrigens hätte die „Opinione“ auch hinzuzufügen sollen, daß Pasolini, minder froh als seine Freunde, sich unter Katakzi zum Präfecten der Hauptstadt befördern ließ, als solcher sich allerdings eines sehr achtbaren Rufes erfreute.] Es unterliegt keinem Zweifel, daß Graf Pasolini die Schwierigkeit der jetzigen Lage begreift wird. Das Cabinet Katakzi ist gefallen, weil sein Ursprung ein außerhalb des Parlamentes liegender war; ein neues Cabinet, das wirklich Leben, Einfluß und Kraft haben will, muß vor Allem ein parlamentarisches sein, und sein Programm muß frant und

frei die Grundsätze und Ideen des Programms der Majorität ausdrücken. Obgleich das Cabinet Katakzi sich vor jedem feierlichen Votum zurückzog, so hat sich doch im Lande die Ueberzeugung befestigt, daß die alte constitutionelle Majorität, nachdem sie sich neu gestaltet hat, eine compacte Masse bildet.“ Die jetzige Majorität wird, wenn ihr ein Cabinet, dem die Achtung vor der Verfassung und die Ehre des Landes heilig und theuer sind, das redlich und ohne Phrase seiner Aufgabe nachzukommen sucht, hoffentlich auch den Interpellations-Eifer etwas mäßigen. Bei Katakzi allerdings galt von Anfang der Saß, Mißtrauen erweckt Mißtrauen und wo die rechte Achtung nicht herrscht, da überwuchern Streit und Zwietracht Alles.

Great Britain.

London, 4. Dec. [Meeting für Lancashire.] Bei dem vorgestri- gen manchester Meeting für die Nothleidenden in Lancashire protestirte Lord Derby gegen den Gedanken, die Unterstützung so weit zu erhöhen, daß sie dem gewöhnlichen Tagelohne des lundigen Arbeiters nahe käme, weil dadurch das Arbeitervolk demoralisirt und gemüthet würde, das Brodt des Reichthums zu essen. Lord Stanley wies nach, daß die schredliche Prüfung Lancashires in 3 oder 4 Monaten vorüber sein, und daß im Monat März in vielen Fabriken die Arbeit wieder beginnen werde. Die „Times“ hält die Bemerkung der Lord Derby's und Stanley's, des Vaters und des Sohnes, für gleich weise und beachtenswerth. Sie gesteht, daß die großen runden Zahlen, mit denen die Redner beim manchester Meeting um sich werfen, ihr fast zu Kopfe steigen. Bevor das Meeting stattfand, hatte Lord Seston 1300 Circulars in Lancashire verbreitet, und zur Antwort auf diese Aufforderungen ergoß sich ein Strom von Beiträgen, die Lord Seston dem Comite des Meetings übergab, und die mit den vorgestri- gen Zeichnungen wirklich 130,000 Pfd. Sterl. machten. Ueberdies, bemerkt sie, sprach ein Redner von 110,000 Pfund, die im vorigen Monat in Lancaster gesammelt wurden, ohne 220,000 Pfund zu rechnen, die zu Localfonds gesteuert wurden; und Lord Derby zählt 540,000 Pfd., von denen Lancashire allein 400,000 Pfd. gesteuert habe. Je genauer wir die verschiedenen Angaben prüfen, desto schwerer wird es uns, den wirklichen Betrag zu ermitteln. Es ist aber klar, daß diese Beiträge der Gesamt-Einnahme manches respectablen Königreichs gleichkommen. Es ist ein großartiges Schauspiel. Aber zu einem so königlichen Einkommen gehört ein Budget. Das Publikum muß wissen, wie viel es in Händen hat, wie viel noch nöthig ist, um das gute Werk bis zum März fortzuführen. Die Noth ist nicht auf Lancashire beschränkt, noch sind diejenigen, die durch die Baumwollnoth leiden, bloß in Lancashire zu finden. Und außerdem darf man die Armenbevölkerung Londons während des Winters nicht vergessen. Eine Mittheilung aus Manchester kommt diesen Bemerkungen der „Times“ zu Hilfe. Es heißt nämlich darin, es sei die Gefahr vorhanden, daß die Arbeiter in Folge zu reichlicher Unterstützung die Arbeit vermissen werden. Eine Seidenfabrik in Saalford hat seit einer Woche angezeigt, daß sie 50 bis 60 Arbeiter sucht und hat nicht mehr als ein Duzend (und dies Mädchen) bekommen können.

Breslau, 8. Dec. [Landtagschluss.] Am Sonnabend war bereits die Genehmigung zur event. Verlängerung der Dauer des Provinzialtages von Sr. Excellenz dem Minister des Innern im allerhöchsten Auftrage auf den bezüglichen Antrag Sr. Excellenz des Wirkl. Geh. Rathes und Ober-Präsidenten der Provinz Schlesien, Freiherrn v. Sckleinitz, eingetroffen und Sr. Durchlaucht dem Herzog von Ratibor als Landtagsmarschall communicirt worden. Inzwischen ist es den Landtagsmitgliedern dadurch, daß sie in der vergangenen Woche wiederholt zwei Plenarsitzungen am Tage: des Mittags und des Abends abhielten, gelungen, die vorliegenden Arbeiten dermaßen zu fördern und die ihnen zur Berathung überwiesenen Propositionen so schnell zu erledigen, daß bereits heute um 1 Uhr Nachmittags die Schließung des Landtages erfolgen kann. Sie wird in angemessener Weise durch Sr. Excellenz den Herrn Ober-Präsidenten in seiner Eigenschaft als Landtags-Commissarius stattfinden, und ist also die ursprünglich auf drei Wochen angelegte Dauer des Landtages nur um einen Tag überschritten worden.

[Feuersgefahr.] Durch die unvorsichtige Aufbewahrung einer nicht unbedeutenden Menge Brennholz in der Einsteigeöffnung eines Schornsteins, welches sich entzündet hatte, entstand gestern Abend in dem Hause Albrechts-Strasse Nr. 33 Feuersgefahr, die glücklicherweise bald bemerkt, und größtentheils beseitigt war, als die alarmirte Feuerwehr eintraf.

\* \* \* Wiegand, 7. December. Das hiesige „Stadtblatt“ meldet: „Wie wir vernahmen, wird der Redacteur der selig entschlafenen Kappach-Zeitung, Ernst Rudolf Zander von hier, stechbriesslich verfolgt. An demselben soll wegen Betrug eines sechswohentlichen Gefängnißstrafe vollstreckt werden.“

Meteorologische Beobachtungen.

Table with columns: Der Barometerstand bei 0 Grad., Barometer, Lufttemperatur, Windrichtung und Stärke, Wetter. Data for Breslau, 6. Dec. 10 U. Ab. and 7. Dec. 6 U. Morg. 2 U. Nachm. 10 U. Abds. 8. Decbr. 6 U. Morg. Berlin, 6. Dec. 2 U. Nachm. Wien, 5. Dec. 10 U. Abds.

Breslau, 8. Dec. [Wasserstand.] D.-P. 12 F. 8.3 U.-P. 1 F. 3.3. Eisstand.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten. Paris, 6. Dec. Nachm. 3 Uhr. Die 3proz. eröffnete zu 70, 55, hob sich auf 70, 70 und schloß in fester Haltung bei wenigem Geschäft zu diesem Course. Consols von Mittags 12 Uhr waren 92 1/2 eingetroffen. Schluss Course: 3proz. Rente 70, 4 1/2proz. Rente 97, 45. Italienische 5proz. Rente 71, 30. 3proz. Spanier 50 1/2. 1proz. Spanier 46 1/2. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien 510. Credit-mobilier-Aktien 1225. Lomb. Eisenbahn-Aktien 586. Oesterr. Credit-Aktien -

London, 6. Dec. Nachm. 3 Uhr. Silber 61 1/2. - Regen. - Consols 92 1/2. 1proz. Spanier 46 1/2. Mexikaner 32 1/2. Sardinier 81. 3proz. Russen 96. Neue Russen 93.

London, 6. Decbr. Die „Times“ theilt mit, daß das Haus Fernier und Comp., welches der Borough-Bank in Liverpool ungefahr 11 Millionen Francs schuldig gewesen, und dessen Fall wegen Zahlungseinstellung und Liquidation jener Bank, mit welcher es in enger Verbindung gestanden, vorhergesagt worden war, jetzt die vollständige Zahlung dieser Schuld mit 5 % Zinsen bewirkt habe.

Wien, 6. Dec. Mitt. 12 Uhr 30 Minuten. Valuten weichend. 5proz. Metall 71, 30. 4 1/2proz. Metall 62, 25. Bank-Aktien 810. Nordbahn 183, 70. 1854er Loose 92. - National-Anleihe 82, 20. Staats-Eisenb. Aktien-Cert. 239. - Creditaktien 223, 10. London 119, 30. Hamburg 89, 75. Paris 47, 30. Gold - Silber. Böhmisches Weibahn 171, 50. Lombardische Eisenbahn 281, - Neue Loose 132, 70. 1860er Loose 89, 30.

Mannfurt a. M., 6. Dec., Nachm. 2 Uhr 30 Min. Desterreich. Effecten bei matterer Tendenz etwas niedriger; Ludwigs-Verbacher merktlich gewichen. Böhmisches Weibahn 72 1/2. - Schluss Course: Ludwigs-Verb. 142, Wiener Wechsel 97 1/2. Darmstädter Bank-Aktien 237. Darmstädter Rettelbank 253 1/2. 5proz. Met. 57 1/2. 4 1/2proz. Met. 50 1/2. 1854er Loose 74 1/2. Oesterr. National-Anleihe 66 1/2. Oesterr.-Franz. Staats-Eisenb.-Aktien 232. Oesterr. Bank-Anleihe 78 1/2. Oesterr. Credit-Aktien 216. Neueste österr. Anleihe 75 1/2. Oesterr. Elisabeth-Bahn 121 1/2. Rhein-Nahe-Bahn - Mainz-Ludwigsbafen Litt. A. 129 1/2.

Hamburg, 6. Dec., Nachm. 2 Uhr 30 Minuten. Börse ruhig. - Schluss-Course: National-Anleihe 67 1/2. Oesterr. Credit-Aktien 90 1/2. Vereinsbank 102 1/2. Norddeutsche Bank 102 1/2. Rheinische 97. Nordbahn 62. Disconto - Wien - Petersburg -

Hamburg, 6. Dec. [Getreidemarkt.] Weizen loco unverändert, ab auswärts geschäftslos. Roggen loco fest, ab Danzig und Königsberg pr. Frühjahr 76 gehalten, 75 Geld. Del pr. Dec. 30 1/2, pr. Mai 29 1/2. Kaffee ruhig.

Liverpool, 6. December. [Baumwolle.] 3,000 Ballen Umsatz. - Markt ruhig, Preise fest. Fair Dollarsab 15 1/2 - 15 1/4.

Berlin, 6. Dec. Eine einheitliche Tendenz konnte sich an der heutigen Börse nicht recht Bahn brechen. Während ein großer Theil der in den letzten Tagen am meisten hervorgetretenen Effecten auffällig matt war, zeigte sich wieder eine größere Regsamkeit in Papieren, welche an den früheren Tagen eine schlaffere Haltung hatten. So waren namentlich die meisten schlesischen Eisenbahnpapiere, vor Allen die Oberschlesischen, heute wieder in so großem Umfange wie in ihren beliebtesten Börsentagen, während die leichten Actien meist vernachlässigt waren. Auch von Bank-Devisen waren nur wenige noch in großem Umfange, eigentlich nur Genfer, dagegen die größeren Papiere dieser Gattung unthätig. In den österreichischen Effecten stellte sich erst gegen Ende Lebhaftigkeit ein, als die Wiener Depesche Valuten weichend meldete. Der Geldmarkt war unthätig, Disconto 3 1/2 Geld. (S. u. S. 3.)

Berliner Börse vom 6. December 1862.

Table with multiple columns: Fonds- und Geld-Course, Ausländische Fonds, Actien-Course, Wechsel-Course. Includes sub-headers like Preuss. u. ausl. Bank-Actien and Wechsel-Course.

Berlin, 6. Decbr. Weizen loco 63-73 Thlr. nach Qual, gelbe schlesische 68 Thlr. ab Bahn bez., weißbunter poln. 70 Thlr. ab Bahn bez. Roggen loco 80-82pd. 46 1/2 - 47 Thlr. ab Bahn und Boden bez., galiz. 45-1/2 Thlr. ab Bahn bez., Decbr. 46 1/2 - 1/4 Thlr. bez. und Br., 46 Thlr. Old, Decbr.-Jan. 46 Thlr. bez. und Br., 45 1/2 Thlr. Old, Jan.-Febr. 45 1/2 Thlr. bez., Frühjahr 45 1/2 - 1/4 Thlr. bez., Br. und Old, Mai-Juni 45 1/2 Thlr. bez. - Gerste, grobe und kleine 32-38 Thlr. pr. 1750 Pfd. - Hafer loco 21 1/2 - 23 1/2 Thlr., Lieferung pr. Decbr. 22 1/2 Thlr. bez., Decbr.-Jan. 22 1/2 Thlr. Br., Frühjahr 22 1/2 - 1/4 Thlr. bez., Mai-Juni 22 1/2 Thlr. bez., Juni-Juli 23 Thlr. bez. - Erbsen, Roth- und Futterwaare 45-54 Thlr. - Haber loco 14 1/2 Thlr. Br., Decbr. 14 1/2 - 1/4 Thlr. bez., Br. und Old, Decbr.-Jan. 14 1/2 - 1/4 Thlr. bez. und Br., Old, Febr.-März 14 1/2 Thlr. Br., 14 Thlr. Old, April-Mai 15 1/2 - 1/4 Thlr. bez., Br. und Old, Mai-Juni 15 1/2 - 1/4 Thlr. bez., Juni-Juli 15 1/2 - 1/4 Thlr. bez. und Br., 1/4 Thlr. Old. Spiritus loco ohne Fass 14 1/2 - 1/4 Thlr. bez., Decbr. und Decbr.-Jan. 14 1/2 - 1/4 Thlr. bez., Br. und Old, Febr.-März 14 1/2 Thlr. Br., 14 1/2 Thlr. Old, April-Mai 15 1/2 - 1/4 Thlr. bez., Br. und Old, Mai-Juni 15 1/2 - 1/4 Thlr. bez., Juni-Juli 15 1/2 - 1/4 Thlr. bez. und Br., 1/4 Thlr. Old.

Weizen still. Roggen loco ist merkwürdig offerirt und wurde etwas billig- ger erlassen. Termine eröffnen merklich unter gestrigen Schlusspreisen, was zu der wahrscheinliche Umkehr des Wetters am meisten beigetragen haben mag. Schluss matt. Gefündigt 400 Ctr. Hafer, Termine niedriger. - Haber wurde gleichfalls von der milden Witterung beeinflusst und bei Zurichtung der Käufer verflanken die Termine etwas und schließt der Markt ein wenig fester. Spiritus unterlag reichlichen Offerten, denen gegenüber es an genügender Nachfrage mangelte, deswegen die Notirungen sich etwas niedriger als gestern stellten. Gefündigt 80,000 Quart. Berichtigung. Haber in loco war am 4. December c. nicht mit 14 1/2, sondern mit 14 1/4 gehandelt.

Breslau, 8. Dec. Wind: Süd-West. Wetter: trübe und regnet. Thermometer früh 3° Wärme. Eisstand der Oder. Die Zufuhren waren heut mittelmäßigen Umfangs, die Preise in matter Haltung, der Geschäftsverkehr belanglos.

Weizen in seiner Waare mehr beachtet; pr. 85pd. weißer 70-80 Sgr., gelber 65-74 Sgr., vereinst über Noth bezahlt. - Roggen matter; pr. 85pd. 50-52-54 Sgr., feinste Sorten vereinst über Noth bezahlt. - Gerste schwach preishaltend; pr. 70pd. weißer 40-43 Sgr., gelber 35-37 Sgr. - Hafer still; pr. 50pd. schlesischer 24-25 Sgr. - Erbsen, Widener und Bohnen schwacher Umsatz. - Rapssäcken 51-53 Sgr. - Delsaaten wenig angeboten, jedoch sehr fest. - Schlaglein wenig beachtet.

Table with columns: Sgr.pr.Schlff., Sgr.pr.Schlff., Widen, Sgr.pr.Schlff. 170-180 Brutto, Schlag-Weinfaat, Winter-Raps, Winter-Rüben, Sommer-Rüben, Kleesaat, Thymothee, Kartoffeln.

Theater-Repertoire. Montag, den 8. Decbr. (Erdbtthe Preise.) Zehntes Gastspiel des Hrn. Theodor Wachtel: „Der Postillon von Conjeamean.“ Komische Oper in 3 Acten von Leuven und Brunswick. Musik von Adam. (Chapelow, Hr. Theodor Wachtel.) Dienstag, den 9. Decbr. (Gewöhnliche Preise.) Gastspiel des Königl. hannoverschen Hof-Schauspielers Herrn Alexander Liebe: „Das Glas Wasser, oder: Ursachen und Wirkungen.“ Lustspiel in 5 Acten von Escribe. Deutsch von H. Cosmar. (Vicente v. Bolingbroke, Hr. A. Liebe.)

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein. Druck von Graf, Barth und Comp. W. Friedrichs in Breslau.